

## **A n t r a g**

### **der Fraktion Die Linke**

#### **Kein Geschäft mit der Krise – Haushalte und Verbraucher entlasten**

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der völkerrechtswidrige Angriff auf den Iran und die in der Folge zurzeit immer noch stattfindenden militärischen Kampfhandlungen führen weltweit zu erheblichen Verwerfungen. Zuerst spüren die Menschen im Iran und der Region im Nahen Osten dies unmittelbar als Betroffene der kriegerischen Auseinandersetzung. Die Menschen im Iran und der ganzen Region leiden seit Jahrzehnten unter einem diktatorischen Regime und es bleibt zu hoffen, dass ein baldiges Ende des Kriegs mit einer Zukunft für einen demokratischen und freien Iran sowie einer friedvollen Zusammenarbeit der Länder in der Region verbunden werden kann.
2. Die Angriffe und darauffolgenden Reaktionen haben auch einen Einfluss auf die Produktion von Rohstoffen und weltweite Lieferketten. Große Energie- und Lebensmittelkonzerne nutzen internationale Krisen immer wieder als Vorwand, um Preise nach oben zu treiben und ihre Profite zu steigern. Während Millionen Menschen jeden Euro zweimal umdrehen müssen, nutzen Konzerne die Gelegenheit für zusätzliche Gewinne. Die Erfahrung aus vergangenen Krisen zeigt: Preissteigerungen werden schnell durchgesetzt, sinken aber nur selten wieder.
3. Steigende Energiepreise verschärfen zugleich die soziale Ungleichheit. Besonders in Ostdeutschland treffen hohe Energie- und Mobilitätskosten auf geringere Einkommen und eine vielfach schwächere wirtschaftliche Struktur. Für viele Haushalte bedeutet das eine unmittelbare Bedrohung ihrer sozialen Sicherheit. Das ist auch die Folge davon, dass in der Vergangenheit ein konsequentes Umsteuern bei der Energie- und Verkehrswende oder die Einführung einer wirksamen Übergewinnsteuer und eines Klimagelds verpasst wurden. Die anhaltende Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen spüren dann auch die Menschen in Thüringen im Geldbeutel.

- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Sicherstellung einer spürbaren finanziellen Abfederung der Preissteigerungen, denen Verbraucherinnen, Verbraucher und private Haushalte sich akut ausgesetzt sehen, gegenüber der Bundesregierung sowie im Bundesrat die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, damit

1. die Endverbraucherpreise der für Kraft-, Heiz- und Brennstoffe genutzten Gas- und Mineralölprodukte auf ein bundesweit festgelegtes, einheitliches Preisniveau, ausgehend von den Beschaffungskosten der Raffinerien, wirksam begrenzt werden (Kraft-, Heiz- und Brennstoff-Preisdeckel) und auch in der Europäischen Union auf die Einführung entsprechend gemeinsam abgestimmter Deckelungen von Preisen bei Grundnahrungsmitteln, Kinder-, Arznei- und Hygieneprodukten und anderen Lebensmitteln des täglichen Bedarfs zu drängen;
2. eine Übergewinnsteuer zur staatlichen Abschöpfung krisenbedingter Zusatzgewinne von Energie- und Mineralölunternehmen sowie von Rüstungsunternehmen, die nicht auf höhere Kosten, sondern auf die Ausnutzung der außergewöhnlichen Marktbedingungen durch diese Unternehmen zurückzuführen sind, schnellstmöglich erhoben und die in geeigneter Weise zur Entlastung der Endverbraucher und Privathaushalte genutzt werden wird;
3. zukünftig eine von fossilen Energieträgern unabhängige Energieversorgung aufgebaut werden kann, die das Prinzip einer dezentralen und nachhaltigen Grundversorgung in den Vordergrund rückt und stärker als bisher in erneuerbare Energien wie beispielsweise Solar- sowie Windenergie investiert wird; dabei ist dafür zu sorgen, dass es nicht zu einer zusätzlichen Belastung von Verbraucherinnen und Verbrauchern kommt, beispielsweise durch die Einführung eines bundesweiten Klimagelds;
4. schnellstmöglich der Teuerung durch eine Senkung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel, Kinder-, Arznei- und Hygieneprodukte und andere Lebensmittel des täglichen Bedarfs auf null Prozent entgegengewirkt und eine schnelle und spürbare Entlastung erreicht werden kann;
5. das Deutschlandticket wieder deutlich vergünstigt wird, um mehr Menschen den Umstieg vom privaten Kraftfahrzeug auf den öffentlichen Personennahverkehr zu ermöglichen und so ebenso eine finanzielle Entlastung zu ermöglichen;
6. einer drohenden Verteuerung des öffentlichen Nahverkehrs begegnet wird und hierzu eine Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse an die Verkehrsunternehmen in Thüringen im öffentlichen Personennahverkehr vorzunehmen ist;
7. die Einrichtung einer staatlichen Preisbeobachtungsstelle für Lebensmittel und Energie auf den Weg gebracht wird, um die Preisentwicklungen transparent zu machen sowie Abzocke aufzudecken und Strafen verhängen zu können; um staatliche Überprüfungs- und Eingriffsmöglichkeiten zu verbessern, ist zudem das Kartellrecht zu verschärfen, um für Verbraucherinnen und Verbraucher eine wirksam dämpfende, funktions- und handlungsfähige staatliche Preisaufsicht und Preiskontrolle zu ermöglichen;
8. gemäß Artikel 14 des Grundgesetzes wirksame Wege gefunden werden, um Konzerne, die krisenbedingte Profitmaximierung mit Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge betreiben, zeitlich befristet oder dauerhaft vergesellschaften zu können.

**Begründung:**

Wie bei bereits vorangegangenen Krisen haben die Mineralöl- und Gaskonzerne direkt nach Beginn des Kriegs gegen den Iran die Preise erhöht. Die Folgen dieser ungerechtfertigten Verteuerung der Kraftstoffe an den Tankstellen, von Erdgas zur Wärme- und Energiegewinnung sowie von Öl zum Heizen treffen wiederholt zuallererst die Endverbraucherinnen und Endverbraucher sowie die Privathaushalte, inzwischen jedoch ebenso die von diesen Energieträgern abhängige Wirtschaft.

Die Fraktion Die Linke stellt fest: Es ist Abzocke, wenn Konzerne Krisen und Kriege ausnutzen, indem sie die Verbraucherinnen und Verbraucher wesentlich höhere Preise für Güter zahlen lassen, die im Alltag vieler unverzichtbar sind. Gewinne, die auf diese ungerechtfertigte Weise erwirtschaftet werden, müssen im Idealfall verhindert, mindestens jedoch zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher später abgeschöpft werden.

Diese Abzocke ist das Geschäftsmodell der Konzerne, denn solche Teuerungen passieren selbst in Krisenzeiten nicht von selbst. Vielmehr nutzen die Konzerne in dieser wie in anderen Krisen ihre vorherrschende Marktmacht gezielt aus, um sich selbst auf Kosten der Bevölkerung zu bereichern und ihre Profite zu maximieren.

Bundesregierung und Bundeskanzler Friedrich Merz schauen bislang zu, statt etwas dagegen zu unternehmen. Preiserhöhungen sind kein Naturgesetz und ihre Senkung erfordert auch nicht das Eintreten in einen heißen Krieg. Im Gegenteil: Das ständige Streben nach Profitmaximierung und der Konkurrenzkampf um knappe Ressourcen erhöhen das Risiko kriegerischer Konflikte.

Diese Situation trifft vor allem diejenigen, die wenig Geld haben. Wer beispielsweise eine lange Strecke zum schlecht oder mäßig bezahlten Job pendeln muss, kann das Auto nicht stehenlassen. Dasselbe gilt für Auszubildende, Studierende, Alleinerziehende oder auch für Rentnerinnen und Rentner.

Daher fordert die Fraktion Die Linke wirkungsvolle und funktionierende Instrumente, die schnellstens und auch künftig verhindern, dass Verbraucherinnen und Verbraucher an der Tanksäule, im Supermarkt oder sogar in ihren vier Wänden übertriebene Preise zahlen müssen, weil die Konzerne noch mehr Gewinn für sich machen wollen. Die Konzerne setzen auf den langfristigen Gewöhnungseffekt und werden die Preise keineswegs so schnell und weit senken, wie es fallende Erdgas- und Ölpreise nach Beendigung des Konflikts erlauben.

Nach Auffassung der Fraktion Die Linke muss daher der große deutsche Mineralöl- und Gasmarkt umgehend stark reguliert werden, um damit die derzeitige vorherrschende Marktmacht der großen Konzerne zu brechen und deren Treiben künftig in Grenzen zu halten.

Das erfordert nicht nur wirksame Preisregulierungen, sondern auch die Erhebung einer Obergewinnsteuer, die Konzerne zur Kasse bittet.

Um sich zukünftig von einigen wenigen Erzeugerstaaten und möglichen kriegerischen Konflikten unabhängig zu machen, ist es ratsam, die Energieversorgung in gesamtgesellschaftliche Hände zu nehmen, sie zu demokratisieren und zu dezentralisieren. Darüber hinaus braucht es entschlossenes Handeln bei der Investition in und dem Ausbau von Maßnahmen und Energieträgern, die die Dekarbonisierung fördern.

Für die Fraktion:

Mitteldorf